



China

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:			
1,4 Milliarden	Religionslose	52 %	Buddhisten	18 %
	Traditionelle, chinesische Religionen	22 %	Christen	5 %
			Muslime	2 %
			Sonstige	1 %

Beispiellose Machtfülle für Staats- und Parteichef Xi Jinping

Der Staatspräsident und KP-Generalsekretär Xi Jinping hat seit seinem Amtsantritt im November 2012 (Generalsekretär der Kommunistischen Partei) bzw. März 2013 (Staatspräsident) eine Machtfülle aufgebaut, wie sie vor ihm vielleicht noch niemand besessen hat in der Volksrepublik China. Heute sind alle entscheidenden Machtpositionen auf seine Person vereint: Er ist Staatspräsident, Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Volksrepublik China und Vorsitzender der Zentralen Militärkommission. Darüber hinaus führt er den Vorsitz in einer Vielzahl von Steuerungsgruppen im Parteiapparat. Durch eine vom Volkskongress beschlossene Verfassungsänderung im März 2018 ist die Amtszeit des Staatspräsidenten nun nicht mehr, wie bisher, auf zwei Amtsperioden von je fünf Jahren beschränkt, sondern unbegrenzt. Damit kann Xi Jinping jetzt – zumindest theoretisch – Staatspräsident auf Lebenszeit werden.

Seit November 2012 hat Xi Jinping eine ausgedehnte Anti-Korruptions-Kampagne dazu genutzt, politische Konkurrenten und deren Netzwerke auszuschalten und gleichzeitig Positionen für eigene Gefolgsleute freizuräumen. Im März 2018 stimmte der Volkskongress der Schaffung einer neuen Behörde zur Korruptionsbekämpfung zu. Mit ihr können nun alle Angestellten des Staates auf Wohlverhalten und ihre Loyalität gegenüber Staat und Partei kontrolliert werden und nicht nur, wie bisher, die Parteimitglieder. Damit hat der Staats- und Parteichef ein neues und weitreichendes Machtinstrument in der Hand.

Auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober 2017 wurden „Xi-Jinping-Gedanken zum Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten für eine neue Ära“ in die Statuten der Kommunistischen Partei aufgenommen. Damit hat Xi Jinping jetzt offiziell den Status eines ideologischen Vordenkers.

Einparteienherrschaft

Neben dem Staats- und Parteichef Xi Jinping ist die Kommunistische Partei der entscheidende Machträger in der Volksrepublik China. Durch eine strenge Führung kontrolliert und steuert die Partei alle Bereiche der Gesellschaft. Sie verfügt über ein ungeteiltes Machtmonopol. Gewaltenteilung und Mehrparteiendemokratie werden von der Staatsideologie ausdrücklich abgelehnt.

Religionsfreiheit laut Verfassung

Laut Artikel 36 der Verfassung der Volksrepublik China genießt jeder Bürger „Glaubensfreiheit“. Weiter heißt es dort: „Der Staat schützt normale religiöse Tätigkeiten.“ Was als „normal“ zu gelten hat, wird an dieser Stelle nicht definiert. Darüber hinaus gilt dieser staatliche Schutz nur den staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften. Das sind die folgenden fünf: Buddhismus, Daoismus, Protestantismus, Katholizismus und Islam. Der Staat kontrolliert und steuert diese Religionsgemeinschaften über sogenannte „Patriotische Vereinigungen“, die der jeweiligen Religionsgemeinschaft übergeordnet sind. Für die katholische Kirche ist das die „Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung“ (CKPV) und für die protestantische Kirche die „Patriotische Drei-Selbst-Bewegung“. Für sie gelten die Prinzipien der Selbstverwaltung, Selbsterhaltung und Selbstverbreitung. Damit soll vor allem auch die Unabhängigkeit von jeglichem ausländischen Einfluss sichergestellt werden. In Artikel 36 der Verfassung heißt es dazu: „Die religiösen Organisationen und Angelegenheiten dürfen von keiner ausländischen Kraft beherrscht werden.“

Die Obergewalt über diese Patriotischen Vereinigungen führte bis 2018 das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten (State Administration for Religious Affairs, SARA; andere Bezeichnung: Religious Affairs Bureau, BRA). Auf Initiative des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei hat der Nationale Volkskongress im Februar 2018 eine Änderung beschlossen. Zukünftig ist die staatliche Aufsicht über die religiösen Angelegenheiten in der Abteilung für Einheitsfrontarbeit (United Front Work Department) angesiedelt und untersteht damit direkt der Kommunistischen Partei, während das BRA bislang dem Staatsrat unterstellt war.

Hauptaufgabe der Einheitsfrontarbeit ist es, Kontakte zu allen nicht-kommunistischen Organisationen und einflussreichen Einzelpersonlichkeiten in China zu pflegen, diese für die Ziele und Projekte der Kommunistischen Partei zu gewinnen und sie zu animieren, sich für die Ziele der Partei einzusetzen. Die organisatorische Änderung soll Ende 2018 in Kraft treten.

Über diese Verwaltungsstrukturen versucht der Staat, die Religionsgemeinschaften gemäß den Grundsätzen der kommunistischen Ideologie zu steuern. Viele Gläubige aber entziehen sich dieser staatlichen Einmischung und Steuerung, indem sie ihren Glauben in Gemeinschaften leben und praktizieren, die staatlich nicht registriert sind. Teilweise findet dieses kirchliche Leben im Verborgenen statt, weshalb bei den staatlich nicht registrierten Gemeinschaften auch von Untergrund-Kirchen gesprochen wird.

Millionen von Gläubigen

Das chinesische Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten gibt die Zahl der Gläubigen mit rund 200 Millionen an, bei einer Einwohnerzahl von rund 1,4 Milliarden. Tatsächlich dürfte die Zahl der Gläubigen aber deutlich höher liegen. Das US-amerikanische Außenministerium zum Beispiel gab im Juli 2010 eine Zahl von rund 657 Millionen Gläubigen an, darunter etwa 300 Millionen Anhänger chinesischer Volksreligionen (zum Beispiel Daoismus), 250 Millionen Buddhisten, 70 Millionen Christen, 25 Millionen Muslime. Exakte Zahlen sind aber nur schwer zu ermitteln, verschiedene statistische Erhebungen ergaben sehr unterschiedliche Ergebnisse. Nach staatlichen Angaben liegt die Zahl der Protestanten in der staatlich registrierten Kirche bei rund 20 Millionen, die Zahl der Katholiken in der staatlich registrierten Kirche bei etwa 6 Millionen. Nimmt man auch die Untergrund-Christen hinzu, so ergeben unterschiedliche Schätzungen eine Zahl von etwa 25 bis 58 Millionen protestantischen Christen und etwa 9 bis 11 Millionen katholischen Christen.

Die kommunistische Führung Chinas beobachtet weiter mit großem Misstrauen die Entwicklungen im Bereich der religiösen Gemeinschaften. Wenn das Christentum so weiterwächst, wie in den vergangenen Jahren, könnte

allein die Zahl der Christen in China in absehbarer Zeit die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Partei übersteigen, die bei knapp 90 Millionen liegt.

Neufassung der Vorschriften für religiöse Angelegenheiten

Am 1. Februar 2018 traten die „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ in einer neuen und erweiterten Fassung in Kraft. Mit diesem Gesetz regelt der Staat das religiöse Leben im Land. Gegenüber der bisherigen Fassung, die 2004 eingeführt worden war, ist die neue Version deutlich umfangreicher. Neue Paragraphen wurden hinzugefügt, in bereits bestehenden Paragraphen wurden zahlreiche Veränderungen und Ergänzungen eingefügt. Im Paragraph 4 zum Beispiel wird festgelegt, dass die Religionsgemeinschaften „die sozialistischen Kernwerte“ praktizieren müssen.

Wie das China-Zentrum in seiner Zeitschrift „China heute“ (Nr. 3/2017) berichtet, hat der Direktor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten (BRA), Wang Zuo’an, in der Parteizeitung Renmin ribao die Notwendigkeit einer Neufassung der religionspolitischen Richtlinien folgendermaßen begründet: „Die Infiltration ausländischer Kräfte mittels Religion wird täglich intensiver, religiöses extremistisches Gedankengut breitet sich an manchen Orten aus, Probleme mit Religion im Internet beginnen hervorzustechen, das Chaos durch die Kommerzialisierung von Religion hat die allgemeine Aufmerksamkeit der Gesellschaft erregt, an manchen Orten lassen sich illegale religiöse Aktivitäten trotz wiederholter Verbote nicht stoppen, die mobile Bevölkerung [d. h. Binnenmigranten] bringt neue Probleme für die Verwaltung der religiösen Aktivitäten mit sich und Interessenkonflikte der religiösen Organisationen mit anderen Seiten häufen sich.“

Kritiker erwarten, dass der Staat aufgrund der neuen und erweiterten Vorschriften schärfer gegen nichtregistrierte Religionsgemeinschaften vorgehen wird. In den neuen Richtlinien sind drastische Geldstrafen für religiöse Aktivitäten außerhalb registrierter Gemeinden vorgesehen. Davon wären zum Beispiel Gebetstreffen nichtregistrierter protestantischer Hausgemeinden betroffen. Pater Bernardo Cervellera von der katholischen Nachrichtenagentur Asia News befürchtet sogar, dass die

neuen und verschärften Vorschriften zu einer „Auslöschung“ der Untergrund-Gemeinschaften führen könnten.

Staatlicher Druck auf Untergrund-Gemeinden

Die staatlichen Religionsbehörden üben schon seit längerer Zeit verstärkten Druck auf Priester und Gläubige der Untergrund-Gemeinden aus, sich staatlich registrieren zu lassen. Nach den staatlichen Vorschriften benötigen religiöse Amtsträger einen besonderen Ausweis. „Wer keinen Ausweis für religiöse Amtsträger erworben hat, darf nicht in der Eigenschaft als religiöser Amtsträger religiöse Angelegenheiten und Aktivitäten durchführen“, heißt es in den vom BRA erlassenen gesetzlichen Bestimmungen. Untergrund-Priester stehen damit aber vor einem Dilemma: Wenn sie sich bei den Behörden registrieren lassen, ist damit automatisch ein Beitritt zur Patriotischen Vereinigung verbunden. Diese aber strebt eine unabhängige chinesische Nationalkirche an, was mit der katholischen Lehre unvereinbar ist.

Der Vatikan erkennt die offiziellen, staatlich verordneten Leitungsstrukturen der katholischen Kirche in China nicht an: weder die Chinesische Katholische Patriotische Vereinigung noch die offizielle chinesische katholische Bischofskonferenz. In seinem Brief an die katholische Kirche in China, veröffentlicht am 30. Juni 2007, hatte Papst Benedikt XVI. diese Leitungsstrukturen (ohne sie namentlich zu nennen) als „der Struktur der Kirche fremd“ und „nicht mit der katholischen Lehre vereinbar“ bezeichnet.

Treue zu Rom auch in der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung

Auch wenn der chinesische Staat versucht, mit der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung eine unabhängige, vom Papst getrennte chinesische Nationalkirche zu organisieren, so zeigt ein großer Teil der katholischen Gläubigen in den staatlich registrierten Gemeinden eine ausgeprägte Treue zum Papst und zur katholischen Weltkirche.

Rund neunzig Prozent der Bischöfe im staatlich registrierten Teil der katholischen Kirche werden inzwischen auch vom Vatikan als rechtmäßig geweihte Bischöfe anerkannt.

Es gibt in der katholischen Kirche in China heute drei Gruppen von Bischöfen: Da sind erstens diejenigen, die keinerlei Kompromisse mit dem kommunistischen Staat eingehen und treu zu Rom stehen wollten. Da sie keine Aussicht auf eine staatliche Genehmigung für ihre Weihe hatten, ließen sie sich im Geheimen weihen. Auf der anderen Seite stehen die Bischöfe, die sich mit staatlicher Erlaubnis weihen ließen, aber oft ohne vorherige Abstimmung mit Rom. An diese Bischöfe appellierte Papst Benedikt XVI., als er im Mai 2007 einen pastoralen Brief an die Katholiken in China richtete, sich um eine Aussöhnung mit Rom zu bemühen. Die dritte Gruppe bilden die Bischöfe, die ursprünglich ohne Zustimmung durch Rom geweiht wurden, die Aussöhnung mit Rom aber inzwischen vollzogen haben (dies trifft mittlerweile für die Mehrheit der Bischöfe der offiziellen Kirche zu). Sie bat Papst Benedikt XVI. in seinem Brief, das auch offen zu bekennen gegenüber den Gläubigen und den Behörden.

Diplomatische Gespräche zwischen dem Heiligen Stuhl und der Volksrepublik China

Im Oktober 2012 veröffentlichte der Präfekt der vatikanischen Kongregation für die Evangelisierung der Völker, Kardinal Fernando Filoni, in der Zeitschrift Tripod des katholischen Holy Spirit Study Centre der Diözese Hongkong einen Artikel, in dem er für eine „neue Art des Dialogs“ zwischen dem Heiligen Stuhl und der Pekinger Regierung plädierte. Dazu schlug er die Bildung einer bilateralen Kommission aus hochrangigen Vertretern des Vatikans und der chinesischen Regierung vor, wie man sie zum Beispiel auch für Vietnam eingerichtet hatte. Der Kardinal erinnerte in dem Artikel auch noch einmal an den Brief, den Papst Benedikt XVI. im Jahr 2007 an die Katholiken in China gerichtet hatte. Zur Situation der katholischen Kirche in China schrieb der Kardinal, der Heilige Stuhl habe „nach Jahren der Prüfung den klaren Eindruck erhalten, dass die Kirche in China in ihrer Gesamtheit nie schismatisch gewesen ist“. Allerdings bestünden noch immer tiefe Gräben und Spaltungen unter Chinas Katholiken. Diese ließen sich allerdings nur dann überwinden, wenn es zu einem neuen Dialog zwischen dem Heiligen Stuhl und den chinesischen Behörden komme. Zu den größten Problemen zählte der Kardinal die staatlichen Versuche, die Kirche unter seine Kontrolle zu bringen, die Inhaftierung von Kirchenleuten, Einmischungen von Behörden bei der Ernennung von Bischöfen und das Auftreten „illegiti-

mer Bischöfe“ bei Bischofsweihen, was bei den Beteiligten und bei den Gläubigen zu „dramatischen Gewissenskonflikten“ führen könne.

Seit Juni 2014 haben nun mehrere Gesprächsrunden stattgefunden. Vertreter des Heiligen Stuhls und der Volksrepublik China versuchen in Gesprächen und Verhandlungen, eine Annäherung und eine Verbesserung der sino-vatikanischen Beziehungen herbeizuführen. Es gibt eine ganze Reihe von strittigen Fragen, für die Lösungen gefunden werden müssen. Zu den heikelsten Punkten zählt nach wie vor die Auswahl und Weihe von Bischöfen. Nach katholischer Lehre entscheidet hierüber der Papst. Die chinesische Regierung bewertet dies dagegen als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ und warnt immer wieder vor „ausländischer religiöser Infiltration“. Hier tragfähige und für beide Seiten zufriedenstellende Lösungen zu finden, gestaltet sich als äußerst schwierig.

Misstrauen gegenüber dem Christentum

In der chinesischen kommunistischen Partei herrscht bis heute ein großes Misstrauen gegenüber den Religionsgemeinschaften, besonders gegenüber dem Christentum. Jegliche Gefährdung des Machtmonopols der kommunistischen Partei muss aus Sicht der Parteiführung ausgeschlossen und unterbunden werden. Immer wieder ist die Rede von „feindseligen Mächten, die versuchen, China zu verwestlichen“ oder von einer kulturellen Kolonisation durch den Westen. Dem müsse unter allen Umständen vorgebeugt werden. Gleichzeitig sei die chinesische Kultur zu stärken und weiterzuentwickeln. Dem dient auch das Konzept der „Sinisierung“, das seit einiger Zeit in der staatlichen Religionspolitik verstärkt propagiert wird. Durch einen Prozess der Sinisierung sollen die Lehren der verschiedenen Religionsgemeinschaften an die chinesische Kultur und das sozialistische Gesellschaftssystem angepasst werden.

Nach Ansicht einiger Analysten umfasst die Bekämpfung „feindlicher Mächte“ auch den Kampf gegen das Christentum und den Katholizismus, die als die „Essenz der westlichen Kultur“ angesehen werden. In ihren Ansprachen beziehen sich Parteimitglieder oft auf den Vatikan und den Papst als „ausländische Mächte“, die versuchten, China „unter dem Vorwand der Religion zu zerstören“.

Streitpunkt Bischofsweihen

Ein immer wiederkehrender Konflikt betrifft die Auswahl und Weihe katholischer Bischöfe in China. Im Zusammenhang mit Bischofsweihen ohne vorherige Zustimmung durch den Vatikan hat die päpstliche Kongregation für die Evangelisierung der Völker am 3. Juli 2012 in einer Erklärung deutlich gemacht, bei der Auswahl und Weihe von Bischöfen gehe es um eine religiöse und nicht politische Angelegenheit. Das Überleben der Kirche sei nur möglich in Einheit mit dem Papst. Wenn man wolle, dass die Kirche in China katholisch sei, dürfe man Bischofsweihen nur mit vorheriger Zustimmung des Heiligen Vaters vornehmen. Das chinesische Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten antwortete am nächsten Tag mit der Erklärung, der Vatikan habe auf „rüde und uneinsichtige Weise“ öffentlich Drohungen ausgesprochen. Davon ließen sich Priester und Gläubige Chinas jedoch nicht beeindrucken. Man sei bereit, „mit dem Vatikan alle Probleme, die Frage der Bischofsweihen mit eingeschlossen“, zu besprechen. Bis zu einer beidseitigen Einigung werde man jedoch an der Selbstwahl und Selbstweihe der Bischöfe festhalten. In einem Interview hatte Erzbischof Savio Hon von der vatikanischen Kongregation für die Evangelisierung der Völker am 30. Juni 2012 erklärt, es sei für einen Priester „absolut verboten“, sich ohne päpstliches Mandat zum Bischof weihen zu lassen, er ziehe sich automatisch die Exkommunikation zu. Ebenso sei es für einen illegitimen Bischof verboten und ein schwerer Verstoß gegen das Kirchenrecht, an einer Bischofsweihe teilzunehmen.

Das Holy Spirit Study Center in Hongkong gibt die Zahl der katholischen Diözesen für 2016 mit 144 nach vatikanischer Zählung (112 Diözesen und 32 andere administrative Gebiete) bzw. 96 nach Zählweise der staatlichen Religionsbehörde an. Diese Diözesen werden von 58 Bischöfen der offiziellen Kirche und von 19 Bischöfen der staatlich nicht registrierten Kirche geleitet. Das bedeutet zugleich, dass zahlreiche Diözesen zurzeit ohne bischöfliche Leitung sind. Darüber hinaus sind viele Bischöfe schon in einem sehr fortgeschrittenen Alter. Das alles macht die Regelung der Auswahl und Weihe von Bischöfen zu einem sehr drängenden und heiklen pastoralen Problem für die katholische Kirche in China. Nach Informationen des China-Zentrums sollen etwa 20 Priester in China vom Papst bereits zu Bischöfen der vielen vakanten Diözesen ernannt worden sein (einige schon

vor etlichen Jahren), doch bis heute haben diese Priester von der chinesischen Regierung keine Zustimmung für die Bischofsweihe erhalten.

Rechnet man die Bischöfe, die nicht (mehr) im Amt sind, hinzu, dann liegt die Zahl der Bischöfe in der gesamten Volksrepublik China bei 101. Davon gehören 65 zur offiziellen Kirche (58 im Amt, 7 nicht im Amt) und 36 zur Untergrundkirche (19 im Amt und 17 nicht im Amt). Von den insgesamt 101 chinesischen Bischöfen sind 7 Bischöfe vom Papst nicht anerkannt.

Einschränkungen der Religionsfreiheit regional unterschiedlich

In welchem Umfang die staatliche Religionspolitik das religiöse Leben beeinträchtigt oder unterdrückt, hängt sehr stark auch von regionalen und lokalen Besonderheiten ab. Die Diözesen und Kirchengemeinden machen hier sehr unterschiedliche Erfahrungen.

In China gibt es mittlerweile ein ausgefeiltes System von Gesetzen und Vorschriften, mit dem der Staat die Gesellschaft steuert. Zunehmend begründen Behörden ihre repressiven Maßnahmen gegen religiöse Gemeinschaften mit Gesetzen und Regelungen, die für Recht und Ordnung sorgen sollen. So hat die Provinzregierung von Zhejiang im Südosten Chinas im Mai 2015 auf ihrer Website ein Dokument veröffentlicht mit dem Titel „Standards der Provinz Zhejiang für religiöse Gebäude (zur probeweisen Durchführung) (Entwurf zur öffentlichen Anhörung)“. Das Dokument umfasst 94 Paragraphen und enthält eine Fülle von Regelungen mit zahlreichen Details etwa zu Standort, Größe, Ausgestaltung, Nutzung, Neu- und Umbaumaßnahmen von Gebäuden, die religiösen Zwecken dienen. Betroffen sind alle fünf staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften. Eine dieser vielen Regelungen legt fest, dass Kreuze an den Fassaden von Kirchen anzubringen sind, nicht jedoch auf dem Dach oder dem Turm einer Kirche. Eine andere Regelung bestimmt, dass die Gebäudehöhe 24 Meter nicht übersteigen soll und auf den Gebäuden befindliche Aufbauten nicht höher als sechs Meter sein sollen.

In der Provinz Zhejiang lief zwischen 2014 und 2016 eine staatlich angeordnete Kampagne namens „Drei Umgestaltungen, ein Abriss“. In diesem Zusammenhang wurden religiöse Gebäude, die als „gesetzwidrig“ ange-

sehen wurden, ganz oder teilweise abgerissen. Auch wurden etwa 1600 Kreuze von den Dächern und Türmen christlicher Kirchen entfernt. Betroffen waren überwiegend protestantische Gemeinden, aber auch gegen katholische Gemeinden wurde vorgegangen. Auch waren sowohl staatlich registrierte Gemeinden als auch nicht registrierte Gemeinden betroffen. Auch viele buddhistische, daoistische und volksreligiöse Gebetsstätten und Tempelanlagen wurden im Rahmen dieser Kampagne abgerissen.

In der Provinz Zhejiang liegt auch die Stadt Wenzhou mit rund acht Millionen Einwohnern. Der Anteil der Christen in dieser Stadt liegt bei rund zwölf Prozent. Wegen der vielen Kirchen wird Wenzhou manchmal auch als „chinesisches Jerusalem“ bezeichnet. Auch andere Religionsgemeinschaften haben in Wenzhou viele Anhänger und viele Gebetsstätten und Tempelanlagen.

Evangelische Kirche

Besonders die evangelischen Untergrundgemeinden in China sind von Schikanen, Unterdrückung und Verfolgung betroffen. Dies ist in erster Linie auf ihre große Zahl zurückzuführen: Manche evangelischen Quellen schätzen, dass es in China mindestens 50 Millionen Gläubige außerhalb der staatlich registrierten protestantischen Kirche gibt. Sie entziehen sich der staatlichen Kontrolle und Einmischung in ihre kirchlichen Angelegenheiten. Ein weiterer Grund für die staatliche Unterdrückung ist, dass viele evangelische Gemeinden kulturell und sozial stark engagiert sind. Oft stehen sie mit intellektuellen Kreisen und Aktivisten in Kontakt, die mit Berufung auf die allgemeinen Menschenrechte der Politik der Kommunistischen Partei kritisch gegenüberstehen. Viele Christen fühlen sich durch ihren Glauben angespornt, sich für Menschenrechte und Religionsfreiheit zu engagieren. Zugleich entdecken viele Dissidenten und Aktivisten im christlichen Glauben die menschliche und philosophische Grundlage für ihren Einsatz für Gerechtigkeit und den Schutz der Menschenrechte. Die Regierung fürchtet sich vor diesem Bündnis zwischen sozialem und religiösem Einsatz und verfolgt weiter die einen wie die anderen.

Aus diesem Grund wurde in den letzten Jahren von den Behörden erheblicher Druck auf die evangelischen Untergrundgemeinden ausgeübt. Ziel ist

entweder die Einverleibung der Gemeinden in die staatlich registrierte protestantische Drei-Selbst-Bewegung oder die Auflösung der Untergrundgemeinden.

Weltgebetstag für die Kirche in China

Angesichts der schwierigen Lage in China hat Papst Benedikt XVI. mit seinem Brief an die katholische Kirche in China, unterzeichnet am 27. Mai 2007 (Pfingstsonntag) und veröffentlicht am 30. Juni 2007, einen Weltgebetstag für die Kirche in China eingeführt. Er wird begangen am 24. Mai, dem Fest „Maria, Hilfe der Christen“. Unter diesem Titel wird die Gottesmutter Maria auch in der Marienkirche von Sheshan, wenige Kilometer von Shanghai entfernt, verehrt. Dieses Marienheiligtum ist seit über einem Jahrhundert ein beliebter Wallfahrtsort in China. Absicht des Papstes war es, durch das Gebet die Einheit der Kirche in China und die Verbindung mit dem Nachfolger Petri zu stärken sowie die Solidarität der weltweiten katholischen Kirche mit den Christen in China zu fördern.

Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei bis drei Jahre dargestellt. Viele Informationen stammen vom China Zentrum in Sankt Augustin, das mit großer Akribie die Entwicklungen in China beobachtet, analysiert und dokumentiert.

Mai 2015: In einem Newsletter der Zentralen Kommission für die Überwachung der Disziplin erschien ein Artikel, in dem warnend darauf hingewiesen wurde, dass „eine kleine Zahl von Parteimitgliedern die Weltanschauung des dialektischen Materialismus aufgegeben und sich der Religion zugewandt habe“. Karl Marx selbst habe stets betont, dass „Kommunismus mit Atheismus beginne“. Daher sei es ein fundamentales Prinzip, dass Mitglieder der Kommunistischen Partei keiner Religion angehören können. Zwar hätten die chinesischen Bürger das Recht auf Religionsfreiheit, Mitglieder der kommunistischen Partei jedoch hätten die

Aufgabe, „als Vorkämpfer eines kommunistischen Bewusstseins voranzugehen“. Seit Jahren gibt es das Phänomen, dass Mitglieder der Kommunistischen Partei, selbst in höheren Rängen, sich religiös betätigen. Manche Beobachter glauben, dass der Anteil der religiös aktiven Parteimitglieder bei bis zu zehn Prozent liegen könnte.

Januar 2016: Seit Januar 2016 kam es in der Provinz Zhejiang erneut zu zahlreichen Fällen, in denen staatliche Behörden Kreuze auf Dächern und Türmen von Kirchen abmontierten. Laut Angaben der US-amerikanischen Organisation China Aid waren zwischen dem 7. Januar und dem 3. März 2016 49 Kirchen betroffen, darunter zwei katholische. Seit Anfang 2014 wurden bei rund 2000 Kirchen Kreuze abmontiert, sowohl bei katholischen als auch bei protestantischen Kirchen. Ein Großteil dieser Kirchengebäude gehört zu staatlich registrierten Gemeinden.

Januar 2016: Vertreter des Vatikans trafen sich zum dritten Mal mit einer chinesischen Delegation, um über Verbesserungen im sino-vatikanischen Verhältnis zu beraten. Gegenstand der Gespräche war unter anderem das Verfahren zur Auswahl von Bischöfen für die katholische Kirche in China. Weder von Seiten des Vatikans noch von chinesischer Seite wurde anschließend etwas über den Verlauf und mögliche Ergebnisse berichtet.

Februar 2016: Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei veröffentlichte zusammen mit dem chinesischen Staatsrat ein Dokument, in dem auch pensionierten Mitgliedern der Kommunistischen Partei untersagt wird, an eine Religion zu glauben. Wörtlich heißt es in dem Dokument: „Es wird klar festgelegt, dass pensionierte Parteikader nicht an eine Religion glauben und nicht an religiösen Aktivitäten teilnehmen dürfen.“

März 2016: Aus Altersgründen bestimmte Bischof Zhu Weifang von Wenzhou, der dem staatlich registrierten Teil der Diözese angehört, den Priester Ma Xianshi zum Administrator. Das berichtete die Nachrichtenagentur UCAN. Von seinem Amt als Ortsbischof konnte Bischof Zhu nicht zurücktreten, weil sein Nachfolger, der Koadjutor-Bischof Shao Zhumin, der die Untergrundgemeinschaft der Diözese Wenzhou leitet, von der Regierung als Bischof noch nicht anerkannt war. Um diese Anerkennung zu bekommen, müsste er, gemäß den Forderungen der Regierung, eine Messe mit

einem von Rom nicht anerkannten Bischof konzelebrieren und der Patriotischen Vereinigung beitreten. In der Diözese Wenzhou gibt es etwa 120 000 Gläubige. Ein Drittel von ihnen gehört zur offiziellen, staatlich registrierten Kirche, die anderen zwei Drittel gehören zur Untergrundkirche.

April 2016: Auf der Nationalen Konferenz zur Religionsarbeit hielt Staatspräsident und KP-Generalsekretär Xi Jinping eine lange, programmatische Rede über die staatliche Religionspolitik. Auch im wichtigen Bereich der Religion müsse die Kommunistische Partei an ihrer Führungsrolle festhalten. Bisherige Leitlinien der Religionspolitik wurden von ihm erneut bekräftigt, darunter unter anderem die Prinzipien der Autonomie und der Selbstverwaltung der Religionsgemeinschaften. Diese hätten sich an die sozialistische Gesellschaft anzupassen. Ziel müsse die „Sinisierung“ der Religionen sein. Die marxistische Sicht auf das Phänomen der Religion bleibe für die Partei auch weiterhin maßgeblich. Xi äußerte sich auch zur Rolle der politischen Akteure in der Religionspolitik: Auf der Leitungs- und Führungsebene sei das die Einheitsfront der Partei; für die Verwaltung seien die staatlichen Religionsbehörden zuständig; und die religiösen Organisationen seien die „Brücke“ zwischen kommunistischem Parteistaat und Religionsanhängern. Die Parteimitglieder wurden dazu aufgerufen, sich an den Vorgaben und der Politik der Kommunistischen Partei zu orientieren und „keineswegs für ihre Werthaltungen und Überzeugungen auf die Religion zurückzugreifen“. Neben einigen weiteren Punkten betonte Xi auch noch einmal die Notwendigkeit, jegliche ausländische Infiltration auf dem Weg der Religion abzuwehren.

April 2016: Wie die Nachrichtenagentur UCAN meldete, wurden in den Diözesen Baoding und Xuanhua insgesamt fünf Priester von Mitarbeitern staatlicher Behörden unter Zwang mitgenommen. Einige von ihnen hatten sich einige Zeit zuvor geweigert, mit Priestern der offiziellen Kirche zu konzelebrieren. Auch hatten sie es abgelehnt, für die Registrierung bei den staatlichen Behörden ein Dokument zu unterschreiben, in dem bestimmte Prinzipien der offiziellen Kirche aufgelistet waren, darunter die unabhängige Selbstverwaltung der Kirche, die Ablehnung vatikanischer Einmischung in Bischofsernennungen und die Unterstützung der Patriotischen Vereinigung.

April 2016: Zu einer vierten Gesprächsrunde, diesmal auf niedrigerer Ebene, trafen sich in Beijing Vertreter des Vatikans und chinesischer staatlicher Behörden. Ziel der Gespräche war die Annäherung zwischen dem Vatikan und der Volksrepublik China. Diese sino-vatikanischen Gespräche hatten im Juni 2014 begonnen und wurden dann im Oktober 2015 und im Januar 2016 fortgesetzt.

Mai 2016: Im Alter von 90 Jahren verstarb der Bischof von Anyang in der Provinz Henan, Thomas Zhang Huaixin. Wie viele andere Priester in China hat auch er wegen seines Glaubens viele Jahre im Gefängnis verbracht. 1980 wurde er rehabilitiert, 1981 dann im Geheimen zum Bischof geweiht. Im Jahr 2004 wurde er von der offiziellen Kirche als Bischof installiert. Dabei war es ihm gelungen, von den staatlichen Behörden die Anerkennung als Bischof der offiziellen Kirche zu erhalten, ohne der Patriotischen Vereinigung beizutreten. Nachfolger wurde jetzt der bisherige Koadjutor-Bischof Joseph Zhang Yinlin. Dieser war 2015 unter Zustimmung sowohl des Vatikans als auch der chinesischen Behörden zum Bischof geweiht worden.

Mai 2016: Im Mai 2016 jährte sich zum fünfzigsten Mal der Beginn der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“. Mit dieser politischen Kampagne, von Mao Zedong im Mai 1966 angestoßen, sollten Missstände in Staat, Partei und Gesellschaft beseitigt werden. Vor allem im Bereich der kommunistischen Partei, an den Schulen und Universitäten und im Bereich der Kultur sollte gegen alles vorgegangen werden, was nicht zum „wahren“ Sozialismus passte. Die sogenannten „Roten Garden“ gingen gegen die „Vier Alten“ vor: alte Ideen, alte Kultur, alte Sitten und alte Gewohnheiten. Die Kampagne, die schließlich zehn Jahre dauern sollte, entwickelte sich sehr schnell zu einer sehr brutalen, sehr gewalttätigen Bewegung. Viele Millionen Menschen in China wurden Opfer von Gewalt, Misshandlungen und Folter, landeten im Gefängnis oder in Arbeitslagern. Schätzungen gehen von einer Zahl von rund 400 000 Toten aus. Kulturdenkmäler, Bibliotheken und Museen wurden zerstört. Auch die Religionsgemeinschaften waren betroffen. Religiöse Gebäude wurden zerstört oder zweckentfremdet. Religion durfte nicht mehr praktiziert werden. Religiöse Gegenstände und Bücher wurden verbrannt. Viele Bischöfe und Priester wurden verhaftet und in Schauprozessen verurteilt, zahllose Christen wurden Opfer von Misshandlungen und Gewalt, viele verloren

ihr Leben. Erst mit der Öffnungspolitik unter Deng Xiaoping wurde öffentliches religiöses Leben ab den 1980er Jahren nach und nach wieder möglich.

Mai 2016: Nach dem Angelus-Gebet am 22. Mai rief Papst Franziskus zum weltweiten Gebet für die Kirche in China auf. Papst Benedikt hatte 2007 den 24. Mai, den Festtag der Gottesmutter Maria unter dem Titel „Hilfe der Christen“, zum weltweiten Gebetstag für die Kirche in China bestimmt.

Mai/Juni 2016: Das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) organisierte in Beijing je eigene Studientage für Vertreter der fünf staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften. Diese sollten sich mit den Ergebnissen der Nationalen Konferenz zur Religionsarbeit vertraut machen, insbesondere mit den Zielen, die dort im April 2016 formuliert worden waren. Ein wichtiges Thema war dabei die Sinisierung der verschiedenen Religionsgemeinschaften.

Juni 2016: Der unter Hausarrest stehende Bischof Thaddäus Ma Daqin von Shanghai äußerte in seinem Internet-Blog öffentlich Reue über seinen Austritt aus der Patriotischen Vereinigung, den er am 7. Juli 2012 unmittelbar nach seiner Weihe zum Bischof vollzogen hatte. Im Zusammenhang mit einer Artikelserie zum 100. Geburtstag des 2013 verstorbenen Shanghaier Bischofs Aloysius Jin Luxian pries er auch die unersetzliche Rolle der Patriotischen Vereinigung für die Kirche in Shanghai. Dann schrieb er: „Eine Zeitlang habe ich, von außen irregeführt, mich gegenüber der Patriotischen Vereinigung in Worten und Taten falsch verhalten. Beim späteren Nachdenken habe ich festgestellt, dass dies eine äußerst unkluge Handlung war, und mein Gewissen war nicht in Frieden, da ich die verletzt habe, die sich so lange selbstlos um mich gekümmert und mir geholfen haben, und da ich die gute Entwicklung der katholischen Kirche in Shanghai zerstört habe, die Bischof Jin über lange Zeit aufgebaut hat. Ein solcher Fehler hätte in der katholischen Kirche Shanghais mit ihrer langen Tradition der Liebe zum Land und zur Kirche nicht passieren dürfen. [... Ich] hoffe, dass ich diese Fehler durch konkrete Handlungen wiedergutmachen kann.“ Bei vielen Gläubigen löste diese Reuebekundung große Irritationen aus. Manche waren enttäuscht, weil ihnen der mutige Austritt aus der Patriotischen Ver-

einigung imponiert hatte als ein Zeichen der Treue zur universalen Papst-Kirche. Andere fragten sich, ob der Text wirklich echt sei und von Bischof Ma selber stamme.

Juli 2016: In der Stadt Chengdu kamen Vertreter der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung und der vom Vatikan nicht anerkannten katholischen Bischofskonferenz zu einer gemeinsamen Konferenz zusammen. Dabei wurde insbesondere über die Ausbildung an den Priesterseminaren beraten. Bemängelt wurde, dass dort der ideologisch-politische Unterricht mangelhaft sei. Die Erziehung zur autonomen Selbstverwaltung der chinesischen katholischen Kirche müsse verbessert werden, z. B. durch mehr Dozenten. Das Lehrmaterial müsse ergänzt werden um die Themen Sinisierung und Chinesischer Traum (damit ist die Vision der Parteiführung vom „Wiederaufstieg der glorreichen chinesischen Nation“ gemeint).

Juli 2016: Im Alter von 93 Jahren verstarb der Untergrund-Bischof Vinzenz Huang Shoucheng aus der Diözese Mindong in der Provinz Fujian. 1949 war er zum Priester geweiht worden. Danach wurde er dreimal verhaftet und verbrachte insgesamt 35 Jahre im Gefängnis, in Arbeitslagern oder unter Hausarrest. Wie Asia News berichtete, sollen zur Beerdigung rund 20 000 Menschen gekommen sein – trotz staatlicher Restriktionen. Die Provinz Fujian im Südosten von China zählt zu den Hochburgen der Untergrundkirche in China.

August 2016: Der Bischof von Honkong, Kardinal John Tong, veröffentlichte in der Diözesanzeitung einen Artikel zum laufenden sino-vatikanischen Dialog. In den Gesprächen gehe es um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und dem Vatikan. Ziel des Dialogs sei es, Religionsfreiheit in China zu erreichen und die Gemeinschaft der chinesischen Kirche mit der universalen Weltkirche zu ermöglichen. Sehr ausführlich behandelt Kardinal Tong auch die Frage der Auswahl und Weihe von Bischöfen und die Rolle, die eine künftige rechtmäßige chinesische Bischofskonferenz dabei spielen könnte.

September 2016: Am 1. September 2016 trat das neue Wohltätigkeitsgesetz (andere Übersetzung: Gemeinnützigkeitsgesetz) in Kraft. Es regelt die



Christen in der Volksrepublik China, hier in einer Marienkirche, die „Unserer Lieben Frau in den Bergen“ geweiht ist, leben in einem Land, das unter der Herrschaft des Kommunismus steht. Gemäß der Staatsideologie werden die Menschen zum Atheismus erzogen. Wer sich trotzdem zu einer Religion bekennt und sie praktiziert, erfährt Schikanen und Diskriminierungen.

zum Beispiel Bestimmungen für das Fundraising, ermöglicht aber zugleich eine strengere Überwachung durch staatliche Behörden.

September 2016: Im Alter von 88 Jahren verstarb Bischof Vincent Zhu Weifang, Leiter der Diözese Wenzhou. Von 1955 bis 1971 und von 1982 bis 1988 war er wegen seines Glaubens im Arbeitslager bzw. im Gefängnis. Im Januar 2009 wurde er mit päpstlicher Ernennung zum Bischof geweiht. Im Dezember 2010 installierte ihn dann die offizielle Kirche als Bischof von Wenzhou. Zu seinem Begräbnis kamen laut Asia News rund 5000 Gläubige. Den Priestern der Untergrundkirche war die Teilnahme am Begräbnis von den staatlichen Behörden verboten worden. Der Koadjutor-Bischof Peter Shao Zhumin (als solcher ist er automatischer Nachfolger des verstorbenen Bischofs), der den Untergrund-Teil der Diözese leitet, wurde kurz vor Bischof Zhus Tod von den Behörden auf „Besichtigungstour“ in die Provinz Qinghai gebracht. Drei Priester aus der Diözese Wenzhou wurden etwa zur gleichen Zeit ebenfalls für einige Tage verschleppt. Ebenfalls im September verstarb Bischof Xu Jiwei aus der Diözese Taizhou in der Provinz Zhejiang. Auch er verbrachte wegen seines Glaubens viele Jahre im Gefängnis und in Arbeitslagern.

Oktober 2016: Im nationalen Priesterseminar der offiziellen katholischen Kirche in Beijing kamen Vertreter der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung und der vom Vatikan nicht anerkannten katholischen Bischofskonferenz zu einer Tagung zusammen unter dem Titel „4. Forum zur Inkulturation der chinesischen katholischen Kirche und zu einer sinisierten Theologie“. Der Vizedirektor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten (BRA), Chen Zongrong, erklärte bei der Eröffnung, die Sinisierung sei der Schlüssel für eine gesunde Entwicklung der katholischen Kirche in China. Sie müsse „mit großer Kraft angepackt“ werden. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof Ma Yinglin (vom Vatikan nicht als Bischof anerkannt) bezeichnete die Sinisierung als Aufgabe für mehrere Generationen.

Oktober 2016: Bei einer Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei wurden neue Leitlinien für Mitglieder der Kommunistischen Partei verabschiedet. Darin wird in einem Kapitel über politische Disziplin erneut betont, dass es Parteimitgliedern verboten ist, „feudalen Aberglauben aus-

zuüben, eine Religion zu praktizieren oder sich Kulte anzuschließen sowie religiös-extremistische Kräfte, ethnisch-separatistische Kräfte oder terroristische Kräfte zu tolerieren oder zu unterstützen“.

November 2016: In der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang traten am 1. November 2016 neue „Vorschriften zur Prävention von Straftaten durch Minderjährige“ in Kraft. Darin wird es Eltern und anderen Verwandten von minderjährigen Kindern untersagt, diese dazu zu verleiten oder zu zwingen, an religiösen Aktivitäten teilzunehmen. Verstöße gegen diese Vorschriften seien der Polizei zu melden.

November 2016: In Rom trafen sich vatikanische und chinesische Vertreter zu einer neuen Verhandlungsrunde in den sino-vatikanischen Gesprächen. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete anschließend, der Vatikan sei bereit, vier der acht aus römischer Sicht illegitimen Bischöfe anzuerkennen. Die Frage der Auswahl und Weihe von Bischöfen zählt nach wie vor zu den heikelsten Themen in den Gesprächen, die zu einer Annäherung zwischen Vatikan und China führen sollen. Experten äußerten die Sorge, dass viele Katholiken im Untergrund sich weigern könnten, einem Abkommen zu folgen, falls sie das Gefühl hätten, der Vatikan habe zu viele Zugeständnisse an die kommunistische Regierung gemacht. Zu den schärfsten Kritikern der Verhandlungen zählt der frühere Bischof von Hongkong, Kardinal Joseph Zen Ze-kion. Er warnt immer wieder davor, dass der Vatikan durch das totalitäre chinesische Regime getäuscht werden könnte. Er hält die kommunistische Regierung für nicht vertrauenswürdig. Bei einem möglichen Abkommen müsse auf jeden Fall verhindert werden, dass die Ernennung von Bischofskandidaten durch die staatlich kontrollierte chinesische Bischofskonferenz erfolge (diese wird vom Vatikan nicht anerkannt). Der Vatikan hätte dann kaum noch Einflussmöglichkeiten, sei dann vielmehr auf eine passive Rolle reduziert. Selbst wenn der Vatikan ein Einspruchsrecht habe, sei es nicht realistisch, dass er mehrfach und immer wieder von chinesischer Seite vorgeschlagene Kandidaten ablehnen könne. In einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) äußerte Kardinal Zen seine Sorge mit den folgenden Worten: „Es gibt viele gute Priester und Bischöfe in der chinesischen Kirche. Aber sie müssen dem Staat gehorchen, sie werden von der Regierung geführt, am Nasenring. Eines Tages werden die Gläubigen feststellen, dass dies keine Hirten sind,

sondern Offizielle des Staates. Dass sie nicht dem Evangelium dienen, sondern der politischen Macht.“

November 2016: In der Diözese Changzhi (Shanxi) wurde der Priester Peter Ding Lingbin von Bischof Li Shan von Beijing zum Bischof geweiht. Alle mitweihenden Bischöfe wie auch weitere konzelebrierende Bischöfe waren solche, die vom Papst anerkannt sind. Illegitime Bischöfe waren nicht zugegen. Die päpstliche Ernennung von Ding zum Bischof wurde vor der Weihe „privat“ vor den versammelten Priestern verlesen. Die Ernennung durch die (von Rom nicht anerkannte) chinesische Bischofskonferenz wurde öffentlich verlesen. Ding war schon 2013 vom Papst zum Bischofskandidaten ernannt worden. Kurz danach wurde er auch von der offiziellen Kirche im von der Regierung vorgeschriebenen „demokratischen“ Verfahren zum Bischofskandidaten gewählt. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass der Vatikan Bischof Ding zum Leiter der Diözese ernannt hat, während die chinesische Regierung ihn nur als Koadjutorbischof des 87-jährigen Bischofs Jin Daoyuan anerkennt. Dieser war im Jahr 2000 ohne päpstliche Genehmigung zum Bischof von Changzhi geweiht worden. Der Vatikan erkannte diese Bischofsweihe später an, berechnete ihn aber nicht zur Leitung der Diözese. Aus Sicht des Vatikans ist also jetzt Bischof Ding der Leiter der Diözese Changzhi, während aus Sicht der chinesischen Regierung und der offiziellen Kirche noch immer Bischof Daoyuan die Leitung der Diözese hat, mit Bischof Ding als Koadjutor. Als Koadjutor wird er aber automatisch der Nachfolger von Bischof Daoyuan sein. Zwei weitere Bischofsweihen fanden Ende des Monats statt. In der Diözese Ankang im Süden der Provinz Shaanxi wurde der Priester Johann Baptist Wang Xiaoxun zum Koadjutorbischof geweiht. Er war nach seiner Ernennung durch den Papst bereits 2010 von der offiziellen Kirche zum Bischofskandidaten gewählt worden. Alle an der Weihe beteiligten Bischöfe wie auch die konzelebrierenden Bischöfe sind vom Papst anerkannt. Für die Diözese Chengdu (Provinz Sichuan) wurde der Priester Tang Yuange zum Bischof geweiht. Er war 2014 von der offiziellen Kirche zum Bischofskandidaten gewählt worden, seine Ernennung durch den Papst wurde nach Angaben von UCAN im Oktober 2015 bekannt. Bei der Bischofsweihe war in diesem Fall auch der von Rom nicht anerkannte Bischof Lei Shiyin als Konzelebrant (nicht als Weihender) beteiligt.

Dezember 2016: Für die Diözese Xichang wurde der Priester Johannes Lei Jiawei zum Bischof geweiht. Alle weihenden und konzelebrierenden Bischöfe sind vom Vatikan anerkannt, bis auf Bischof Lei Shiyin, der erneut als Konzelebrant bei einer Bischofsweihe zugegen war.

Januar 2017: Am 1. Januar 2017 trat ein neues Gesetz in Kraft, das die Tätigkeit von ausländischen Nichtregierungsorganisationen in der Volksrepublik China regelt. Nach Angaben der chinesischen Regierung sind in China 7000 solcher Organisationen aktiv. Viele ihrer Tätigkeiten hätten sich bislang in einem Graubereich bewegt. Das neue Gesetz biete jetzt eine Rechtsgrundlage für ihre Arbeit in China. Nach den neuen Vorschriften müssen sich alle ausländischen Nichtregierungsorganisationen (NROs) in China neu registrieren lassen und unter die Aufsicht einer chinesischen Organisation oder Behörde stellen. In detaillierten Ausführungsbestimmungen wird genau aufgelistet, welche Betätigungsfelder für die NGOs in Frage kommen. Ausdrücklich verboten sind politische Aktivitäten. Auf keinen Fall dürfen die staatliche Einheit Chinas oder die nationale Sicherheit gefährdet werden. Die NROs dürfen auch keine illegalen religiösen Aktivitäten organisieren oder finanzieren. Bei Verdacht eines Verstoßes gegen dieses neue Gesetz hat die Polizei das Recht, mit geeigneten Maßnahmen einzuschreiten, etwa mit Durchsuchungen, Festnahmen, polizeilichen Verhören und Beschlagnahmungen. Kritiker des neuen Gesetzes befürchten schärfere Kontrollen, kompliziertere Verfahren, größere Risiken und vor allem deutliche Einschränkungen für die Tätigkeiten von ausländischen NROs in China.

Januar 2017: Im Alter von 97 Jahren verstarb Bischof Anthony Tu Shihua aus der Diözese Puqi in der Provinz Hubei. Er war einer der ersten von insgesamt 51 Priestern, die in den Jahren 1958 bis 1963 ohne die Erlaubnis des Vatikans zum Bischof geweiht wurden. Von 1959 bis 2001 war Bischof Tu Leiter der Diözese Hanyang, konnte dort aber kaum wirken, weil viele Katholiken ihn dort nicht anerkannten. Deswegen verlagerte er sein Wirkungsfeld nach Peking, wo er akademische Arbeit leistete, Artikel schrieb und Bücher übersetzte. 24 Jahre lang war er einer der Vizevorsitzenden der Patriotischen Vereinigung, sechs Jahre lang Vizepräsident der offiziellen, vom Vatikan nicht anerkannten Bischofskonferenz und zwölf Jahre lang Berater der beiden Gremien. Von 1983 bis 1992 war er Vizerektor des Natio-

nenalen Priesterseminars in Beijing. Weil er sich sehr stark für eine von Rom unabhängige Kirche engagierte, stieß er bei vielen Katholiken auf Ablehnung. Am 10. Januar 2017 wurde Bischof Tu in einem Staatsbegräbnis auf dem offiziellen Babaoshan-Revolution-Friedhof in Beijing beigesetzt. An der Trauerfeier nahmen auch Regierungsbeamte teil, unter ihnen Wang Zuo'an, der Direktor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten (BRA). Nach dem Tod von Bischof Tu verblieben noch sieben chinesischen Bischöfe, die ohne Erlaubnis des Vatikans geweiht wurden und auch nachträglich keine Anerkennung aus Rom erhalten hatten.

Januar 2017: Nach Angaben von UCAN und Asia News ist Bischof Thaddäus Ma Daqin seit September 2016 wieder Mitglied in der Patriotischen Vereinigung. Bischof Ma hatte unmittelbar nach seiner Weihe zum Bischof von Shanghai am 7. Juli 2012 seinen Austritt aus der Patriotischen Vereinigung erklärt. Daraufhin wurde ihm von der offiziellen Kirche das Bischofsamt entzogen und er wurde im Priesterseminar in Sheshan am Stadtrand von Shanghai unter Hausarrest gestellt. In den jetzigen Meldungen hieß es, er sei am 20. Januar 2017 in den Ständigen Ausschuss der Shanghaier Patriotischen Vereinigung aufgenommen worden, jedoch als „Priester Ma“.

Februar 2017: Der Bischof von Honkong, Kardinal John Tong, veröffentlichte in der Diözesenzeitung eine zweite Erklärung mit Überlegungen zum sino-vatikanischen Dialog. Es gebe noch sieben illegitime Bischöfe in China, die ohne päpstliche Ernennung geweiht worden waren. Alle sieben hätten bereits ein Gesuch um Vergebung an den Papst geschickt. Dieser müsse nun jeden einzelnen Fall daraufhin überprüfen, ob eine päpstliche Anerkennung nachträglich gewährt werden könne. Nach Angaben von Kardinal Tong ist der schwierigste Punkt in den sino-vatikanischen Gesprächen die Frage, wie mit den rund 30 Untergrund-Bischöfen umzugehen sei, die mit päpstlicher Genehmigung geweiht worden seien, vom chinesischen Staat aber bis heute nicht anerkannt seien. Hier werde der Heilige Stuhl zweifellos von den chinesischen staatlichen Behörden fordern, diese Bischöfe als legitim anzuerkennen. Ob und wie weit die Regierung sich darauf einlassen werde, sei aber noch offen. Es werde Zeit brauchen, Vertrauen zwischen den Untergrund-Bischöfen und der Regierung aufzubauen.

Februar 2017: Radio Free Asia und UCAN berichteten, dass in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang katholische Untergrundgemeinden und protestantische Hauskirchen von den Religionsbehörden aufgefordert wurden, Gottesdienste und Gebetstreffen nur noch in den staatlich registrierten Gemeinden durchzuführen. Wer sich privat zum Gottesdienst oder Gebet treffe, nehme an einer illegalen Versammlung teil und müsse mit der Verhaftung rechnen.

Februar 2017: Im Februar 2017 kamen in der Stadt Wuhan die obersten Leiter der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung und der vom Vatikan nicht anerkannten katholischen Bischofskonferenz zu einer gemeinsamen Konferenz zusammen, um über aktuelle Planungen und die Arbeit der kommenden fünf Jahre zu beraten. Auch hochrangige Vertreter aus der Einheitsfrontabteilung der Kommunistischen Partei und aus dem Staatlichen Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) nahmen an der Tagung teil. Ein Vertreter der Einheitsfront rief in einer Ansprache dazu auf, unerschütterlich am Prinzip der demokratisch selbstverwalteten Kirche festzuhalten und sich darum zu bemühen, auch die „Untergrundkräfte“ für die offizielle Kirche zu gewinnen. Vom BRA kam der Appell, auch weiterhin an der Selbstwahl und Selbstweihe von Bischöfen (also ohne Einflussnahme des Vatikans) festzuhalten. Bei einer feierlichen Messe konzelebrierten vom Papst anerkannte Bischöfe zusammen mit Bischöfen ohne päpstliche Anerkennung. Danach ging man zum Grab von Bischof Dong Guangqing und legte dort Blumen nieder. Dieser gehörte 1958 zu den ersten beiden chinesischen Priestern, die ohne päpstliche Zustimmung zu Bischöfen geweiht wurden. Er war viele Jahre Leiter der Diözese Wuhan. Der Vorsitzende der Patriotischen Vereinigung, Bischof Fang Xingyao (von Rom anerkannter Bischof), hatte am Vortag die Diözese Wuhan im Hinblick auf die Selbstwahl und Selbstweihe von Bischöfen als Vorbild für die Kirche in ganz China bezeichnet.

März 2017: Die US-amerikanische Organisation China Aid meldete, dass die staatlichen Behörden in der Provinz Zhejiang angeordnet hätten, dass in allen staatlich registrierten protestantischen Kirchen Überwachungskameras installiert werden müssten. Dies sei aus Sicherheitsgründen erforderlich und diene der Vorbeugung gegen Terrorismus. Die Nachrichtenagentur UCAN berichtete, dass in der Diözese Wenzhou alle katholischen Gemein-

den, sowohl die staatlich registrierten als auch diejenigen im Untergrund, von den Behörden aufgefordert worden seien, Überwachungskameras zu installieren.

April 2017: Im April bzw. Mai 2017 wurden zwei Bischöfe der Untergrundkirche verschleppt. Beide hatten im Jahr 2016 nach dem Tod ihrer Vorgänger die Leitung ihrer Diözesen übernommen. Es ist anzunehmen, dass Mitarbeiter der staatlichen Religionsbehörden die Bischöfe verschleppten, um sie zum Beitritt in die Patriotische Vereinigung und die offizielle Bischofskonferenz zu bewegen. Bischof Vincent Guo Xijin aus der Diözese Mindong verschwand nach einem Besuch bei der Religionsbehörde in Fu'an am 6. oder 7. April und wurde am 6. Mai wieder freigelassen. Bischof Peter Shao Zhumin aus der Diözese Wenzhou wurde am 18. Mai von Polizisten und von Beamten der Religionsbehörde der Provinz Zhejiang an einen unbekanntes Ort gebracht, nachdem die Behörde ihn einbestellt hatte. Seitdem blieb er verschwunden.

April 2017: Bischof Thaddäus Ma Daqin, der seit Juli 2012 unter einer Art Hausarrest steht, feierte erstmals wieder eine öffentliche Messe, und zwar am Ostersonntag in der Kathedrale von Mindong (Provinz Fujian) und in Konzelebration mit dem vom Vatikan nicht anerkannten Bischof Zhan Silu, dem Leiter der staatlich registrierten Diözese von Mindong. Der Untergrundbischof von Mindong, Bischof Vincent Guo Xijin, war zur gleichen Zeit verschleppt. Bischof Ma hatte unmittelbar nach seiner Weihe zum Bischof von Shanghai seinen Austritt aus der Patriotischen Vereinigung erklärt. Daraufhin wurde ihm von der offiziellen Kirche das Leitungsamt entzogen. Bei seiner Bischofsweihe am 7. Juli 2012 war auch Bischof Zhan zugegen gewesen. Ma ließ sich aber damals nicht die Hände von ihm auflegen. Jetzt aber hatte er mit ihm konzelebriert, was viele Katholiken in China schockierte. Danach verschwand Bischof Ma wieder in seinem Hausarrest im Priesterseminar am Sheshan in der Nähe von Shanghai. Die Diözese Shanghai blieb damit weiterhin ohne effektive Leitung, mit teils erheblichen Beeinträchtigungen für das kirchliche Leben in der Diözese.

Mai 2017: Sechzehn chinesische Diözesen begingen öffentlich Feiern für die Muttergottes von Fatima und Unsere Liebe Frau von China. Anlass war der 100. Jahrestag der ersten Erscheinungen der Gottesmutter Maria im

portugiesischen Fatima. In früheren Jahren hatte es Probleme mit der Regierung gegeben, wegen der antikommunistischen Aussagen in den Botschaften von Fatima.

Mai 2017: Mit Blick auf den Weltgebetstag für die Kirche in China rief Papst Franziskus am Sonntag, dem 21. Mai 2017, nach dem Regina Coeli zum Gebet auf: „Wir wollen den Blick zu Maria erheben, dass sie uns helfe, den Willen Gottes in Bezug auf den konkreten Weg der Kirche in China zu unterscheiden, und dass sie uns helfe, großzügig seinen Plan der Liebe anzunehmen.“

Juni 2017: 150 Gläubige der katholischen Kirche (Bischöfe, Priester, Ordensschwestern und Laien aus ganz China) nahmen an einem viertägigen Schulungskurs zum „Geist der Nationalen Religionskonferenz“ teil. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Staatlichen Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA). Eine leitende Mitarbeiterin des BRA betonte in ihrem Vortrag noch einmal die Prinzipien der Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstverwaltung. Sie seien von der Verfassung für alle Religionsgemeinschaften vorgeschrieben. Diese Vorgabe „wird und kann sich nicht ändern“, und sie gelte auch für die katholische Kirche in China. Im Hinblick auf die sino-vatikanischen Beziehungen müsse am Prinzip der Selbstwahl und Selbstweihe der katholischen Bischöfe festgehalten werden. Der Leiter der vom Vatikan nicht anerkannten chinesischen katholischen Bischofskonferenz, Bischof Ma Yinglin (ebenfalls nicht anerkannt vom Vatikan), sprach über den Unterschied zwischen „Inkulturation“ und „Sinisierung“. Inkulturation meine die Wechselbeziehung zwischen der lokalen Kirche und der einheimischen Kultur. Sinisierung sei demgegenüber eine Forderung von Partei und Staat an alle Religionen. Es gehe dabei vor allem um eine Anpassung an das politische und gesellschaftliche System eines Landes.

Juni 2017: Der deutsche Botschafter in Beijing, Michael Clauss, veröffentlichte auf der Startseite der Website der Deutschen Botschaft eine Erklärung zum Fall des verschwundenen Bischofs Peter Shao Zhumin von Wenzhou (in englischer Sprache, Übersetzung vom China-Zentrum): „Ich begrüße Chinas erklärte Absicht, hinsichtlich der katholischen Kirche einen Fortschritt zu erreichen. Jedoch sehen wir, trotz Fortschritts in dieser Richtung, auch Rückschläge, was die Garantie der Religionsfreiheit betrifft. Ein

Fall zunehmender Sorge ist die Behandlung von Bischof Shao Zhumin durch die Behörden. Seit Herbst letzten Jahres scheint er nicht weniger als viermal gezwungen worden zu sein, sich an unbekannte Orte zu begeben, und jetzt scheint er seit seiner Rückkehr zu Hause festgehalten zu werden. Seine volle Bewegungsfreiheit sollte wiederhergestellt werden. Ich bin auch besorgt hinsichtlich einer Anzahl neuer Bestimmungen in einem Entwurf der Vorschriften für religiöse Angelegenheiten. Wenn sie nicht geändert werden, könnten sie das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit weiter einschränken.“

Juni 2017: Auch das Presseamt des Heiligen Stuhls veröffentlichte am 26. Juni 2017 eine Erklärung zum Fall von Bischof Peter Shao Zhumin: „Der Heilige Stuhl verfolgt die persönliche Situation von Bischof Peter Shao Zhumin von Wenzhou mit großer Sorge, der seit nunmehr langer Zeit gezwungen wurde, seinen Bischofssitz zu verlassen. Die katholische Glaubensgemeinschaft der Diözese und die Angehörigen kennen weder die Gründe für die Entfernung noch den Ort, an dem er festgehalten wird. Diesbezüglich wünscht der Heilige Stuhl, mit großem Schmerz über diese und ähnliche Episoden, die den Weg der Verständigung leider nicht begünstigen, dass Bischof Peter Shao Zhumin so bald wie möglich in die Diözese zurückkehren kann und Garantien dafür, dass er sein Bischofsamt sorglos ausüben kann. Wir sind alle eingeladen, für Bischof Shao Zhumin und den Weg der Kirche in China zu beten.“

Juni 2017: Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums reagierte laut der französischen Nachrichtenagentur AFP am 27. Juni 2017 mit folgender Erklärung: „China lehnt es ab, dass welches Land auch immer sich in welcher Hinsicht auch immer unter Benutzung von Einzelfällen in Chinas innere Angelegenheiten einmisch.“

Mai 2017: Zum zehnten Jahrestag der Veröffentlichung des Briefes von Papst Benedikt XVI. an die Kirche in China fand in der Diözese Hongkong am 7. Mai 2017 eine Konferenz statt. Die Organisatoren betonten, dass der Brief des Papstes „heute so wichtig wie vor zehn Jahren“ sei. Benedikt XVI. wollte mit seinem Brief „einige Orientierungspunkte in Bezug auf das Leben der Kirche und das Werk der Evangelisierung in China geben“. Ein wichtiges Anliegen war ihm die Versöhnung innerhalb der katholischen

Kirche in China. Für die Beziehungen der Kirche zu den staatlichen Organen gab er wichtige Hinweise. Mit dem Brief des Papstes wurde auch ein eigener Weltgebetstag für die Kirche in China eingeführt, der jährlich am 24. Mai begangen wird, dem Fest „Maria, Hilfe der Christen“.

Juni 2017: Vertreter des Vatikans trafen in Rom erneut mit einer chinesischen Delegation zusammen, um über Möglichkeiten der Annäherung zwischen dem Heiligen Stuhl und der Volksrepublik China zu beraten.

Juli 2017: Der Direktor des Büros für religiöse Angelegenheiten (BRA), Wang Zuo'an, äußerte sich in einem Artikel in der Parteizeitschrift Qiushi über die Religionsarbeit in den staatlichen Religionsbehörden. Darin ermahnte er die Mitarbeiter dieser Behörden, die politischen Vorgaben der Kommunistischen Partei zu beachten und einzuhalten. Dazu sei ein festes politisches Bewusstsein erforderlich, das sich eng an der Politik der Kommunistischen Partei ausrichte. Die Mitglieder der Partei und insbesondere auch die Führungskräfte müssten nicht nur selbst am marxistischen Atheismus festhalten, sondern diesen auch propagieren, besonders unter den jungen Menschen. In den vergangenen Jahren habe es unter den Führungskräften, die wegen Dienstvergehen disziplinarisch und gesetzlich bestraft werden mussten, auch solche gegeben, die „nicht an Marx und Lenin, sondern an eine Religion glauben“. Mit diesem Zeitschriftenartikel wurde somit das Verbot für Parteimitglieder, einer Religion anzuhängen, erneut bekräftigt.

Juli 2017: Einige Tage vor dem Jahrestag der Gründung der Chinesischen Katholischen Patriotischen Vereinigung (CKPV) wurde bei einer Gedenkveranstaltung in Beijing an die Anfänge vor 60 Jahren erinnert. Zu den Gästen zählten zahlreiche staatliche Funktionäre und katholische Bischöfe. Die CKPV war am 2. August 1957 auf Betreiben der Regierung gegründet worden. In den Ansprachen wurde betont, dass die katholische Kirche Chinas damals offiziell den Weg der Unabhängigkeit, Autonomie und Selbstverwaltung sowie der Anpassung an den Sozialismus eingeschlagen habe.

August 2017: Mit Vollendung seines 78. Geburtstages wurde Kardinal John Tong am 31. Juli 2017 von seinem Amt als Bischof von Hongkong emeritiert. Am 1. August übernahm Bischof Michael Yeung die Leitung der Diözese. In einer Pressekonferenz betonte der neue Bischof unter anderem, dass die

katholische Kirche in Hongkong weiterhin als „Brücke“ zwischen China und dem Vatikan dienen wolle.

August 2017: Die katholische Nachrichtenagentur UCAN berichtete, dass es in einigen chinesischen Provinzen vermehrt vorkomme, dass lokale Behörden Anweisungen erlassen, die Kindern und Jugendlichen den Besuch von christlichen Gottesdiensten und die Teilnahme an kirchlichen Sommerlagern verbieten. Ziel sei es, so wurde der Leiter eines Erziehungsbüros zitiert, „eine religiöse Infiltration in den Schulen zu verhindern“. Die Schüler sollten in der Schule vielmehr dazu angeleitet werden, religiösen Praktiken bewusst zu widerstehen.

August 2017: Im Alter von 91 Jahren verstarb Bischof em. Silvester Li Jiantang von Taiyuan in der Provinz Shanxi. Er war sowohl vom Vatikan als auch von der chinesischen Regierung anerkannt. Von 1966 bis 1980 war er gezwungen, in einem Arbeitslager in einer Textilfabrik zu arbeiten. Anschließend konnte er wieder als Pfarrer wirken und wurde dann 1994 zum Bischof geweiht. Im Alter von 86 Jahren starb der Untergrund-Bischof Paul Xie Tingzhe aus Urumqi im Autonomen Gebiet Xinjiang. Von der Regierung war er nur als Priester, nicht als Bischof anerkannt worden. Er konnte sich aber relativ frei im Land bewegen. Als junger Seminarist wurde er inhaftiert, weil er sich geweigert hatte, der Patriotischen Vereinigung beizutreten. Von 1961 bis 1979 musste er Zwangsarbeit in einem landwirtschaftlichen Arbeitslager leisten. Erst danach konnte er zum Priester geweiht werden. 1991 wurde er im Geheimen zum Bischof von Urumqi geweiht.

August 2017: In einem Artikel für das Nachrichtenportal Asia News berichtete der China-Experte Pater Sergio Ticozzi vom Päpstlichen Institut für die auswärtigen Missionen (PIME), der am Holy Spirit Study Centre der Diözese Hongkong tätig ist, von den Eindrücken, die er auf einer Reise in die Volksrepublik China gewonnen hatte. Viele Gesprächspartner aus der katholischen Kirche, und zwar sowohl aus dem staatlich registrierten wie dem nicht registrierten Teil, hätten ihm ihre Sorgen bezüglich der aktuellen Entwicklungen mitgeteilt. Einerseits versuche der Staat, Druck auf die offizielle Kirche auszuüben und sie zu steuern oder auch zu lähmen – durch Anreize, aber auch durch Unterdrückung, teilweise sogar Gewalt. Andererseits übe der Staat Druck auf die Gemeinden der Untergrundkirche aus, damit diese

sich der offiziellen Kirche anschließen. So wolle er die Untergrundkirche zum Verschwinden bringen. Unter den Gläubigen herrsche Unsicherheit und Verwirrung gegenüber „Opportunisten und Leuten mit zwei Gesichtern“ innerhalb der Kirche. Verwirrt seien viele Gläubige auch hinsichtlich mancher Bischöfe. Es gebe Bischöfe, die vom Vatikan anerkannt seien, die aber gleichzeitig Funktionen in der Patriotischen Vereinigung übernahmen, in einer Organisation also, die öffentlich Positionen verkünde, die mit der katholischen Lehre nicht vereinbar seien. Es gebe Bischöfe, die an vom Vatikan nicht genehmigten Bischofsweihen teilnahmen oder mit vom Vatikan exkommunizierten Bischöfen konzelebrierten. Es seien Priester im Einsatz, die von illegitimen Bischöfen geweiht worden seien. Viele Gläubige würden sich daher fragen: „Wer sind unsere wahren Hirten? Von wem können wir gültig Sakramente empfangen? Gehören unsere Priester und Bischöfe noch zur katholischen Kirche?“ Auch angesichts der China-Politik des Vatikans herrsche bei manchen Verwirrung. Priester der Untergrundkirche hätten die Frage gestellt, ob der Vatikan denn mit der Eliminierung der Untergrundkirche einverstanden sei. Andere hätten gefragt, ob es weiterhin notwendig sei, sich der Registrierung durch die offizielle Kirche zu verweigern. All diese Gläubigen würden unter der Situation und der Unsicherheit leiden. Sie seien traurig, verwirrt und besorgt. Manche hofften darauf – vielleicht zu Unrecht –, dass ein Abkommen zwischen dem Vatikan und der chinesischen Regierung die Unsicherheit und die Verwirrung beenden könnte. Andere würden sich vielleicht zurückziehen in ihre kleinen Gemeinschaften und sich abschotten. Abschließend appellierte Pater Sergio Ticozzi an die Leser, sich solidarisch zu zeigen mit den Christen in China durch Gebet und wirksame Unterstützung.

September 2017: Am 7. September 2017 wurden die „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ in einer Neufassung öffentlich bekanntgegeben, die der Staatsrat einige Tage zuvor beschlossen hatte. Am 1. Februar 2018 traten sie dann in Kraft und ersetzten die bisherigen Bestimmungen aus dem Jahr 2004. Die Neufassung ist deutlich umfangreicher als die bisherige Version und ermöglicht nach Meinung politischer Beobachter eine stärkere staatliche Kontrolle der Aktivitäten der Religionsgemeinschaften.

September 2017: Am Zentralinstitut für Sozialismus in Beijing fand ein Forum „Chinesische Kultur und Sinisierung der Religionen“ statt. Teilneh-

mer waren die verantwortlichen Leiter der fünf staatlich registrierten Religionsgemeinschaften und Wissenschaftler. Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua sagte der Vorsitzende der Chinesischen buddhistischen Vereinigung auf dem Forum, eine tiefgreifende Sinisierung der Religionen setze voraus, dass die Religionen ihren ursprünglichen Kulturhintergrund verlassen und auf der Grundlage der chinesischen Kultur ihre religiösen Lehren neu aufbauen. Der Vorsitzende der offiziellen chinesischen katholischen Bischofskonferenz, Bischof Ma Yinglin, gab bekannt, dass die katholische Kirche einen Fünf-Jahres-Plan für die Sinisierung der katholischen Religion vorbereite. In den offiziellen Presseorganen der fünf Religionsgemeinschaften sowie in religionswissenschaftlichen Publikationen erscheinen laufend Artikel zum Thema Sinisierung.

September 2017: Erstmals wurde für die Provinz Henan von Fällen berichtet, in denen auf Anordnung staatlicher Behörden Kreuze von Kirchen entfernt werden mussten. Nach Angaben von UCAN handelte es sich um die protestantische, staatlich registrierte Holy Grace Church in der Stadt Nanyang und eine katholische, staatlich nicht registrierte Kirche in der Stadt Luoyang. In der Provinz Zhejiang lief zwischen 2014 und 2016 eine staatlich angeordnete Kampagne, bei der rund 1600 Kreuze von Kirchtürmen und Kirchendächern abmontiert werden mussten. Einige derartige Fälle wurden auch aus der Provinz Jiangxi berichtet.

September 2017: Der katholische Priester Fei Jisheng aus Shenyang in der staatlich registrierten Diözese Liaoning wurde wegen eines angeblichen Diebstahls von Spendengeldern für ein Altenheim zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Generalvikar der Diözese hat jedoch den Verdacht geäußert, der wahre Grund für seine Inhaftierung sei der Erfolg seiner „Jünger-Kurse“, die von den staatlichen Behörden als illegal betrachtet werden. Diese Kurse verbinden missionarische Aktionen mit Elementen der charismatischen Bewegung und begannen 2007. Inzwischen haben sie sich in ganz China verbreitet, insbesondere in den Provinzen Liaoning und Hebei.

Oktober 2017: Auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas konnte KP-Generalsekretär Xi Jinping seine Macht weiter festigen. Sein Name steht jetzt ausdrücklich in den Statuten der Kommunistischen Partei, wo die „Xi-Jinping-Gedanken zum Sozialismus mit chinesischen Besonder-

heiten für eine neue Ära“ Aufnahme gefunden haben. Damit hat Xi Jinping jetzt offiziell den Status eines ideologischen Vordenkers. Am 18. Oktober 2017 hielt Xi Jinping vor den Delegierten des Parteitag eine lange programmatische Rede. Dabei machte er auch wichtige Anmerkungen zur staatlichen Religionspolitik, wobei er frühere Aussagen bestätigte. Das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) fasste seine Ausführungen folgendermaßen zusammen: Die Religionsarbeit im Rahmen der sozialistischen Demokratie solle innovativ vorangetrieben werden. Theoretische Analyse und politische Anleitung seien auch für den Bereich der Religion erforderlich. Die Leitlinien der Kommunistischen Partei für den Bereich der Religionen seien vollständig umzusetzen. Dabei seien die Anpassung der Religionen an die chinesische Kultur (Sinisierung) und an die sozialistische Gesellschaft weiter voranzutreiben. Alle Arten von infiltrativ-subversiven, terroristischen, spalterischen und religiös extremistischen Aktivitäten seien zu verhindern und niederzuschlagen. Damit knüpfte der Parteichef an Aussagen an, die er bereits im April 2016 auf einer Nationalen Konferenz zur Religionsarbeit gemacht hatte. Unter den Sondergästen auf dem Parteitag waren auch die obersten Leiter der fünf staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften, die anschließend in einer Meldung des staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten mit Sätzen der Zustimmung zu den Zielen der Partei und zu den Worten des Generalsekretärs Xi Jinpings zitiert wurden.

Oktober 2017: Am Rande des Parteitags äußerte sich der Direktor des Büros für religiöse Angelegenheiten, Wang Zuo'an, gegenüber dem Sender Commercial Radio Hong Kong positiv über die laufenden Gespräche zwischen dem Vatikan und der chinesischen Regierung. Die Aussichten für die sino-vatikanischen Beziehungen seien gut. Es gebe jedoch auch einige schwierige Fragen, für die es keine schnellen Lösungen gebe. Die chinesische Regierung bemühe sich jedenfalls aufrichtig um eine Verbesserung der Beziehungen. Allerdings nannte er auch die üblichen Forderungen, auf denen die chinesische Regierung immer wieder besteht: Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas, wozu auch religiöse Angelegenheiten gerechnet werden.

Oktober 2017: In einem Interview für die Zeitschrift *La Civiltà Cattolica* äußerte sich der Jesuitenpater Joseph Shih SJ, der frühere Leiter der chinesischen Abteilung von Radio Vatikan, über die Beziehungen zwischen dem

Vatikan und der chinesischen Regierung. Unter anderem sagte er, die Grundwerte des Sozialismus – wenn man es einmal ohne Vorurteile betrachte – seien nicht unvereinbar mit dem Evangelium. In Bezug auf die Situation in der Volksrepublik China müsse man realistisch sein. Das Land werde kommunistisch regiert, und das werde wohl noch lange so bleiben. Also brauche man irgendeine Art der Beziehung zu dieser Regierung. Reine Opposition sei kontraproduktiv und selbstmörderisch. Durch falsche Kompromisse würde die Kirche ihre Identität verlieren. Die einzig mögliche Form einer Beziehung sei wechselseitige Toleranz. Voraussetzung dafür sei aber, dass der Heilige Stuhl der chinesischen Regierung nicht ablehnend gegenüberstehe. Würde der Vatikan die chinesische Regierung ablehnen, dann wären die Katholiken in China gezwungen, zwischen beiden zu wählen. Natürlich würden sie sich für den Heiligen Stuhl entscheiden, dadurch aber in den Augen der Regierung nicht mehr tolerabel sein. Auf die Frage, ob denn die chinesische Regierung die katholische Kirche in China tolerieren würde, meinte Pater Shih, man könne nur sagen, „dass die katholische Kirche in China existiert und funktioniert, was bedeutet, dass Toleranz in einer bestimmten Form bereits erlebt wird“. In Bezug zum Fall von Bischof Ma Daqin von Shanghai, der 2012 aus der Patriotischen Vereinigung ausgetreten war, inzwischen aber öffentlich Zeichen der Reue gezeigt habe, sprach Pater Shih davon, dass Bischof Ma „wiedererwacht“ sei zu einem „gesunden Realismus“ hinsichtlich der Beziehungen zwischen Kirche und Staat.

November 2017: In einem Artikel der italienischen, von Jesuiten herausgegebenen Zeitung *La Civiltà Cattolica* betonte Pater Federico Lombardi SJ, der frühere Leiter des vatikanischen Presseamtes, die Kirche in China müsse „ganz chinesisch“ und zugleich „ganz katholisch“ sein. Nur so könne sie dem chinesischen Volk das Evangelium verkünden. Dabei müsse sie verbunden bleiben mit der katholischen Universalkirche und der katholischen Glaubensstradition, aus denen sie Inspiration und Lebenskraft gewinne. Das zu ermöglichen, sei Ziel der sino-vatikanischen Gespräche, so Lombardi. Dabei verwies er auch darauf, dass Papst Franziskus angesichts der sehr komplexen Situation in China zu einem „gesunden Realismus“ einlade.

November 2017: In Hongkong meldete sich der emeritierte Erzbischof von Hongkong, Kardinal Joseph Zen, mit sehr kritischen Äußerungen über die laufenden China-Gespräche des Vatikans zu Wort. Der Vatikan laufe Gefahr,

die rom-treue Untergrundkirche zu verraten. Wie er gehört habe, gebe es bei den Verhandlungen einen „üblen Plan“, zwei rom-treue Bischöfe der Untergrundkirche um ihren Rücktritt zu bitten, damit Bischöfe der offiziellen Staatskirche ihren Platz einnehmen könnten, die aber – weil ihre Weihe seinerzeit ohne eine Zustimmung aus Rom erfolgt war – aus Sicht des Vatikans bislang als illegal geweiht galten. Dieser Vorgang sei für ihn schockierend, so Kardinal Zen. Dialog sei notwendig, aber es müsse in den Verhandlungen mit der chinesischen Regierung auch eine rote Linie geben, die nicht überschritten werden dürfe.

November 2017: In der Diözese Lanzhou wurde der bisherige Untergrundbischof von Lanzhou, Joseph Han Zhihai, am 10. November 2017 als offizieller Bischof der staatlich registrierten Kirche installiert. Während der Zeremonie wurde das Approbationsschreiben der offiziellen (vom Vatikan nicht anerkannten) Bischofskonferenz verlesen. Bei der Zeremonie waren nur Bischöfe anwesend, die sowohl vom Papst als auch vom Staat anerkannt sind. Aus dem kirchlichen Umfeld wurden Sorgen geäußert, dass die Diözese sich spalten könnte, falls Bischof Han in Zukunft der Regierung zu eng folgen sollte.

November 2017: Am 16. November 2017 wurde Bischof Sun Jigen in einer Installationsmesse als offizieller Bischof der Diözese Handan in der Provinz Hebei staatlich anerkannt. Vor der Messe wurde das Approbationsschreiben der offiziellen Bischofskonferenz verlesen. Schon vor längerer Zeit hatten sowohl der Vatikan als auch der chinesische Staat ihre Zustimmung zu seiner Bischofsweihe gegeben. Als die Bischofsweihe anstand, wurde bekannt, dass auf Wunsch der Regierung an der Weihezeremonie auch Bischof Guo Jincui teilnehmen sollte, der selbst aber ohne Zustimmung aus dem Vatikan geweiht worden war und deshalb aus römischer Sicht als unrechtmäßig geweihter, illegitimer Bischof gilt. Deshalb hatte sich Bischof Sun am 21. Juli 2011 vorzeitig heimlich weihen lassen, um der Teilnahme von Bischof Guo Jincui zuvorzukommen. Das führte dazu, dass Bischof Sun bislang vom Staat nicht anerkannt war. Diese Anerkennung wurde jetzt also nachgeholt. Bei der Installationsmesse waren nur von Rom anerkannte Bischöfe präsent.

November 2017: Am 17. November 2017 verstarb Bischof Lukas Ly (Li Jingfeng), Bischof von Fengxiang in der Provinz Shaanxi. Er wurde 96 Jahre

alt. 1947 war er zum Priester geweiht worden. Über zwanzig Jahre verbrachte er in Arbeitslagern. 1980 wurde er im Geheimen zum Weihbischof der Diözese Fengxiang geweiht, 1983 wurde er dort Bischof. Fengxiang war eine der wenigen Diözesen in China, wo es keine staatlich registrierte Kirche, sondern nur eine Untergrundkirche gab. Nach langem Drängen der Religionsbehörden entschied sich Bischof Ly 2004 dazu, sich von der Regierung als offizieller Bischof anerkennen zu lassen. Dies gelang ihm, ohne in die Patriotische Vereinigung eintreten zu müssen. Auch nach der offiziellen Anerkennung betonte Bischof Ly stets seine Treue und Verbundenheit zum Papst in Rom. In seiner Tätigkeit als Bischof hat er mehr als 70 Priester geweiht und den Bau von über 50 Kirchen unterstützt. Leider musste sein Priesterseminar wegen der zu niedrigen Zahl an Seminaristen vor einigen Jahren geschlossen werden.

November 2017: Auf einer Pressekonferenz im Vatikan wurde ein gemeinsames Kunstprojekt des Vatikans und chinesischer Kultureinrichtungen angekündigt. Durch den Austausch von Kunstwerken würden zwei Ausstellungen möglich, die ab Frühjahr 2018 in den Vatikanischen Museen und im Palastmuseum in Beijing zu sehen sein würden. Der Titel der Ausstellung im Vatikan laute: „Schönheit vereint uns“. Der Kunstaustausch sei ein Zeichen der ernsthaften Bemühungen auf beiden Seiten, die Beziehungen zwischen Vatikan und China zu verbessern.

Februar 2018: Am 1. Februar 2018 traten die „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ in einer neuen und erweiterten Fassung in Kraft. Kommentare offizieller staatlicher Organe hatten bei der Veröffentlichung der neuen Vorschriften im September 2017 darauf hingewiesen, dass die neuen Richtlinien ein wichtiger Schritt zur Umsetzung des Geistes der Nationalen Konferenz zur Religionsarbeit seien. Auf dieser Konferenz im April 2016 hatte KP-Generalsekretär Xi Jinping eine programmatische Rede zur staatlichen Religionspolitik gehalten. Der Direktor des BRA, Wang Zuo’an, betonte in einem Beitrag für die Parteizeitung Renmin ribao besonders zwei Punkte aus Xi Jinpings Rede, die in die neuen Vorschriften eingeflossen seien: dass Partei und Regierung die Führungsrolle gegenüber den Religionsgemeinschaften haben und dass die Religionen an ihrer Sinisierung arbeiten müssen. Kritiker der neuen Vorschriften befürchteten eine Verschärfung der staatlichen Religionspolitik. Anthony Lam, leitender Mit-

arbeiter im Holy Spirit Study Centre der Diözese Hongkong, äußerte gegenüber UCAN seine Besorgnis, dass der Staat mit den neuen Regeln eine „vollständige Kontrolle“ über die Religionsgemeinschaften anstrebe. Die gegenwärtigen Entwicklungen im Bereich der staatlichen Religionspolitik seien „besorgniserregend“. Früher hätten die staatlichen Beamten bei relativ unbedeutenden kirchlichen Angelegenheiten schon mal ein Auge zugedrückt. Jetzt aber müsse man erwarten, dass alle Aktivitäten streng überwacht werden und man auch Kleinigkeiten nicht mehr durchgehen lasse. Dazu dienten zum Beispiel auch Überwachungskameras, die der Staat zunehmend installiere. Pater Bernardo Cervellera von der katholischen Nachrichtenagentur Asia News befürchtet sogar, dass die neuen und verschärften Vorschriften auf eine „Auslöschung“ der Untergrund-Gemeinschaften zielen. Die neuen Regelungen sehen nämlich drastische Geldstrafen für staatlich nicht autorisierte religiöse Aktivitäten vor.

Quellen

- *Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)*
- *Asia News (Päpstliches Institut für die auswärtigen Missionen, PIME)*
- *China Aid*
- „China heute“, *Zeitschrift des China-Zentrums in Sankt Augustin*
- *Deutsche Welle (DW): www.dw.com*
- *Holy Spirit Study Center, Hongkong*
- *Human Rights Watch*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *Tripod (Zeitschrift des Holy Spirit Study Centre, Hongkong)*
- *UCAN (Union of Catholic Asian News)*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report (IRFR), 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*
- *ZENIT (Nachrichtenagentur)*